

**Initiativantrag**  
**der sozialdemokratischen Abgeordneten**  
**betreffend**  
**Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose durch die Aktion 20.000**

**Gemäß § 25 Abs. 6 Oö. LGO 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für einen Neustart der Aktion 20.000 einzusetzen, um insbesondere ältere Langzeitarbeitslose beim Wiederbeginn des Arbeitslebens zu unterstützen.

**Begründung**

In folgender Tabelle ist die Entwicklung der älteren Arbeitslosen (50+) in Oberösterreich laut dem AMS-Oberösterreich vom August 2012 bis zum August 2019 abgebildet:

08/2012	08/2013	08/2014	08/2015	08/2016	08/2017	08/2018	08/2019
5.112	6.709	8.160	9.668	10.698	11.110	10.105	10.394

Es zeigt sich deutlich, dass die Zahl der Arbeitslosen über 50 Jahre in den vergangenen 7 Jahren um mehr als die Hälfte gestiegen ist. Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es am Arbeitsmarkt - häufig trotz guter Ausbildung – schwer und sind überdurchschnittlich oft von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen.

Die Entwicklung der älteren Arbeitslosen korrespondiert auch nicht mit der Entwicklung der allgemeinen Arbeitslosenzahlen in Oberösterreich, die im 7-Jahres-Zeitraum 08/2012 – 08/2019 von insgesamt 26.422 auf 32.874 um etwa ein Viertel angestiegen sind. Die Altersarbeitslosigkeit steigt viel stärker an. Sie hat sich in den vergangenen 7 Jahren mehr als verdoppelt.

Wer einmal als älterer Arbeitssuchender abgestempelt wird, hat schlechte Chancen wieder in den Arbeitsmarkt zurückzufinden. Denn die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist für diese Gruppe ohne spezielle Unterstützung oder Förderung kaum möglich. Die Bundesregierung (Kern-Mitterlehner) hat daher im Juni 2017 die Aktion 20.000 gestartet, um dieser Zielgruppe bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu helfen. Es wurden dafür sinnvolle Arbeitsplätze in öffentlichen oder gemeinnützigen Einrichtungen geschaffen, die keine direkte Konkurrenz zu bestehenden Arbeitsplätzen darstellten. Die Aktion 20.000 ist jedoch von der Nachfolgeregierung gestoppt worden, so dass österreichweit nur 3.755 der 20.000 beschlossenen Arbeitsplätze realisiert wurden.

Unabhängig davon brauchen insbesondere ältere Langzeitarbeitslose gerade auch heute wirkungsvolle Unterstützung beim Neustart des Arbeitslebens. Das untermauern auch die jüngeren Arbeitslosenzahlen: Die allgemeine Arbeitslosigkeit ist in Oberösterreich von 39.743 im August 2016 auf 32.874 im August 2019 (-17,3%) zurückgegangen. Die älteren Arbeitslosen haben sich hingegen im selben 3-Jahres-Zeitraum nur von 10.698 auf 10.394 (-2,8%) verringert. In den jüngsten Monaten zeigt sich sogar eine negative Trendumkehr, dass die Zahl der älteren Arbeitslosen steigt, während die allgemeinen Arbeitslosenzahlen sinken. Gründe dafür sind, dass Unternehmen häufig ältere Arbeitskräfte aus Kostengründen abbauen, und dass sich die Anhebung des Pensionsantrittsalters nach wie vor belastend auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Um über 50-jährigen langzeitarbeitslosen Menschen beim Wiedereinstieg in die Arbeitswelt zu helfen, soll daher die Aktion 20.000 wiederaufleben. Mittels Förderung der Lohn- und Lohnnebenkosten sollen 20.000 zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, in Gemeinden und im gemeindenahen Bereich, in gemeinnützigen Organisationen und sozialen Unternehmen geschaffen werden. Langfristig soll dadurch die Halbierung der Arbeitslosigkeit in der betroffenen Zielgruppe erreicht werden. Das AMS soll dabei als ordnende Instanz eingebunden werden, um zu verhindern, dass die Aktion 20.000-Arbeitsplätze in Konkurrenz zu anderen ungeforderten Arbeitsplätzen treten. Die Kosten für die Aktion 20.000 werden primär durch den Entfall von sonst notwendigen Sozialleistungen finanziert. Die notwendige Differenz zur Aufzahlung auf den jeweiligen Mindestlohn der Branche macht zirka 100-150 Euro monatlich aus und ist durch den Bund zu tragen. Die positiven volkswirtschaftlichen Effekte wie höhere Gesundheit und schnellere Wiedereingliederung ins Berufsleben überwiegen gegenüber den Kosten bei weitem. Der individuelle Nutzen der älteren Langzeitarbeitslosen, die durch die Aktion 20.000 eine Chance zum beruflichen Neustart erhalten, ist hingegen finanziell gar nicht bezifferbar. Die Möglichkeit sinnstiftend arbeiten gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen eines glücklichen und erfüllten Lebens.

Da die Beschäftigungsinitiative dezidiert auf die Förderung zusätzlicher und nicht bestehender Arbeitsplätze abzielt, soll klargestellt werden, dass Personalaufnahmen im Rahmen der Beschäftigungsaktion 20.000 sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene nicht auf den Dienstpostenplan angerechnet werden.

Linz, am 16. September 2019

(Anm. SPÖ-Fraktion)

**Makor, Bauer, Weichsler-Hauer, Peutlberger-Naderer, Promberger, Rippl, Müllner, Lindner, Binder, Schaller, Krenn**